

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908**

15.3.1908 (No. 86)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 15. März.

№ 86.

1908.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 164), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorabzahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelber frei.  
Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

## Amtlicher Teil.

Die Zollverwaltung hat unterm 4. März d. Js. den Hauptamtsassistenten Joseph Winkler in Grenzacherhorn zum Zollverwalter ernannt und unterm 7. März d. Js. den Zollverwalter Valentin Albert in Schusterinsel nach Stetten und den Buchhalter Karl Seufert in Baden nach Freiburg versetzt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Mazedonien.

SRK, Berlin, 13. März.

Gleichzeitig — es wird Zufall sein — werden vom „Temps“ und vom „Gaulois“ Leitartikel veröffentlicht, die für die mazedonische Frage einen Zerfall des europäischen Konzerts ins Auge fassen; und zwar bilden beide Blätter übereinstimmend die neue Gruppierung der Großmächte dergestalt, daß auf der einen Seite nur Deutschland und Oesterreich-Ungarn, auf der anderen England, Rußland, Italien und Frankreich erscheinen. Wir haben schon einmal bemerkt, daß solche Prophezeiungen die Weisheit des Wortes: „Es kommt immer anders“ gegen sich haben könnten. Bei Beobachtung der Rücksicht, die man dem europäischen Friedensbedürfnis überall schuldig ist, wird zu einer bedenklichen Spaltung überhaupt kein Anlaß geschaffen werden. Uns interessiert aber an den Pariser Leitartikeln, mit welcher Unbefangenheit Italien ohne weiteres aus dem Dreibund herausgenommen und gegen seine Verbündeten ins Spiel geschoben werden soll. Die Rede des Ministers Tittoni macht einen Strich durch diese Rechnung; sie ist hochwillkommen, weil sie die Aussichten auf Erhaltung des Konzerts der Großmächte verstärkt, und besonders wertvoll durch die Aufschlüsse darüber, daß die Angelegenheit der Sandtschakbahn, wie die Förderung anderer Eisenbahnpläne für den Balkan das bundesfreundliche Einvernehmen zwischen den Dreibundstaaten keinen Augenblick getrübt hat. Damit soll nicht angedeutet werden, daß in der mazedonischen Frage der Dreibund eine Gruppe für sich mit Sonderabsichten bilden will, wohl aber, daß man in Berlin, Wien und Rom gegen Versuche, die mazedonische Frage zur Sprengung des Dreibundes zu benutzen, auf der Hut bleibt.

Der Vorwurf des „Gaulois“, Deutschlands Haltung in der Reformfrage sei ein Verbrechen an der Zivilisation, ist lächerlich. Deutschland setzt sich mit den anderen Mächten für vernünftige Fortschritte ein, will aber nicht verantwortlich sein, für die Anwendung von Seilmitteln, die schlimmer sein könnten als das Uebel, für Dinge, die schließlich zu kriegerischen Verwicklungen im nahen Osten führen würden.

(Telegramme.)

General di Giorgis †

Rom, 14. März. General di Giorgis, der Kommandant der Gendarmerie in Mazedonien, ist gestern früh in Rom, wo er sich in Urlaub befand, plötzlich gestorben. — Wie die Wiener „Politische Korrespondenz“ erfährt, drückte der Minister des Innern, Baron v. Lehrenthal, anlässlich des Ablebens des Generals der italienischen Regierung telegraphisch sein Beileid aus, sowie seine Sympathie und seine Anerkennung für das sehr verdienstliche Wirken des Generals als Kommandanten der Gendarmerie von Mazedonien.

In Ausführung des Märzsteger Programms hatten sich die Entente-Mächte im Dezember 1908 dahin mit Italien geeinigt, daß ein italienischer Offizier die Umwandlung der mazedonischen Gendarmerie durchzuführen sollte. Die Wahl fiel auf General di Giorgis, zuletzt Divisionskommandeur in Cagliari. Seine Berufung in die Türkei wurde von der italienischen Presse als ein Zeichen der politischen Bedeutung Italiens für die Entwicklung der Dinge auf der Balkanhalbinsel betrachtet und daher freudig begrüßt. Anfang des Jahres 1904 übernahm er sein verantwortungsvolles, schwieriges Amt, das er mit großer Energie führte. Er wurde türkischer Pasha und trug daher die Uniform dieses Ranges mit dem Fes, während seine „Adjoints“ im Dienst ihrer Seere verblieben und ihre Uniform beibehielten. Er fand große Schwierigkeiten bei der Rekrutierung, und erst in letzter Zeit war es ihm gelungen, die Aushändigung des Mauergerätes an die Reformgendarmerie durchzusetzen. Bei seiner Arbeit wurde er besonders durch den deutschen Vertreter in der Gendarmerie, Oberleutnant v. Alten, unterstützt, der keinen Bezirk, sondern die Leitung der Gendarmerieschulen unter sich hat und darin eine sehr nützliche Tätigkeit entfaltet. Der Tod di Giorgis, der im 64. Lebensjahre stand, ist gerade jetzt (wo sein Mandat von der Türkei bis 1914 verlängert worden ist), ein großer Verlust, sein Nachfolger wird zweifellos wieder ein Italiener sein.

Konstantinopel, 14. März. Die Post hat gestern durch Noten den sechs Botschaftern mitgeteilt, daß sie das Mandat des Generalinspektors, der zwei Zivilagenten, der Finanzkommission, General di Giorgis Pasha und der fremden Gendarmerieoffiziere bis zum 12. Juli 1914 verlängere. (Die nicht leichte Aufgabe, für den gestern verstorbenen General di Giorgis einen geeigneten Ersatz zu finden, wird jedenfalls wieder der italienischen Regierung zufallen.)

Paris, 14. März. Der konservative Deputierte Denis Cochin teilte dem Minister Pichon mit, daß er ihn über die mazedonische Angelegenheit, insbesondere die Balkanbahnprojekte, befragen werde. Pichon erklärte sich bereit, diese Anfrage zu beantworten.

### Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 13. März.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt, das Gebot an den Reichstag sei nicht zur reichsgesetzlichen Regelung. Was die Anfrage des Abg. Schellhorn betreffe, so könne er heute der Hoffnung Ausdruck geben, daß er in wenigen Wochen in der Lage sein werde, den Reichstag mit einem Entwurf dem Bundesrat vorzulegen. Einige Tage später werde er den Entwurf auch veröffentlichen lassen. Damit hoffe er den Wünschen des Hauses Rechnung zu tragen.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Abg. Koblentz (Hospitant der Frk. Volksp.) bedauert, daß er dadurch nicht in der Lage sei, die Angriffe Brühnes auf das Patentrecht zu widerlegen.

Das Kapitel wurde bewilligt und die Resolutionen Graf Hompesch und Köstler angenommen.

Bei Kapitel „Reichspatentamt“ bemerkt Abg. Jund (natl.), die Zunahme des Geschäftskreises des Patentamtes habe eine umfangreiche Vermehrung der Beamtenschaft nötig gemacht. Die beabsichtigte Reform des Vorprüfungsverfahrens sei im Interesse der Beschleunigung der Vorprüfung sehr zu begrüßen. Die Patentgebühren seien immer noch viel zu hoch. Mendner wendet sich dann gegen die englische Gesetzgebung seitgelegten Ausnahmszustand. Diejenigen Länder, die den Ausnahmszustand ausübten, müßten eine dreijährige Respektfrist vorsehen. Mendner kritisiert darauf die schweizerische Patentrechtsgesetzgebung.

Abg. v. Damm (Wirtsch. Vgg.) wendet sich gegen eine Herunterdrückung der Stellung der technischen Mitglieder des Patentamtes, wie es die Folge der beabsichtigten Aenderung des Vorprüfungsverfahrens wäre.

Abg. Frhr. v. Camp (Reichsp.) meint, mit der Aenderung der Gebührensätze müsse man äußerst vorsichtig sein; eine Herabsetzung könnte leicht zur Folge haben, daß das Patentamt mit einer Fülle von Patenten überflutet würde, deren Prüfung lediglich einen großen Zeitaufwand erfordern würde.

Unterstaatssekretär Wermuth erklärte: Die Schweiz sei der Verpflichtung betr. die Patentierung chemischer Verfahren nachgegeben und habe ihre Verfassung und ihr Patentrecht geändert, andererseits werde aber das neue Gesetz den Interessen der Industrie nicht gerecht. Die Zeit seit dem 1. Dezember 1907 sei aber zu kurz, so daß zunächst die praktische Handhabung des Gesetzes abzuwarten sei. Die Frage des Verhältnisses des englischen Patentamtes zu dem unsrigen und zur internationalen Patentunion stehe noch nicht zur Erörterung zwischen uns und England.

Abg. Dore (Frk. Vgg.) meint, zu einem gesetzlichen Eingriff in das Vertragsrecht und zu einer Aenderung des Patentrechts nach der Richtung liege kein Anlaß vor. Im Gegensatz zu Camp trete er für die Herabsetzung der Gebühren vor.

Die Ausgaben für das Patentamt wurden darauf bewilligt. Bei den Ausgaben für das Reichsversicherungsamt liegt eine Resolution Fintel (natl.) um Abänderung des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes vor.

Abg. Jrl (Zentr.) wünscht die Beseitigung der Strafbestimmungen im Invalidengesetz. Das Gewerbeunfallversicherungsgesetz sei in mancher Beziehung lächerlich und wirke in bezug auf einzelne Gewerbe ungerecht und ungleichmäßig.

Abg. Fintel (natl.) empfahl unter großer Unruhe des Hauses seine Resolution, die namentlich eine Ausdehnung der Versicherungspflicht bezweckt.

Abg. Graf v. Garmer-Jefferwicz (konf.) tritt für die Herabsetzung der Altersgrenze in der Altersversicherung ein. Die Mittel dazu müßten durch eine Verbilligung der Verwaltung erzielt werden. Es sei nicht anständig, den Arbeitern die Beiträge zu verteuern oder sie einseitig den Arbeitgebern aufzuladen.

Abg. Dué (Soz.) besprach die Denkschrift über die Unfälle im Bergwesen. Seine Partei sei sehr enttäuscht, denn anstatt tatsächlicher Angaben seien nur polizeiliche Vorschriften in der Denkschrift enthalten. Mendner besprach sodann die Frage der Invalidität der Bergleute.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg führte aus: Die Denkschrift über die Explosionsgefahr im Bergbau sei genau nach der Resolution Giesberts verfaßt. Wenn Dué über die mangelhafte Ausführung der Sicherheitsvorschriften in Bergbetrieben klagt, so sei dies eine preussische Angelegenheit, und er sei nicht in der Lage, hierüber Auskunft zu geben. Wesentlich der bei der Enquete zu vernehmenden Arbeiter werden der Reichsverwaltung durch die Arbeitskam-

(Mit einer Beilage.)

mern gute Dienste geleistet werden. Das prozentuale Einfachen der Unfallrenten sei zuzugeben. Es sei beantragt durch die Zunahme der kleinen Renten. Die Resolution Fintel werde ihre Erfüllung finden können. Die Beschaffung der Mittel für die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre durch Verbilligung der Verwaltung sei nicht möglich; zu dieser ganzen Frage könne er sich wegen der hohen Kosten nicht äußern. Die Förderung des Diakonissenwesens auf dem Lande werde tatkräftig betrieben. Hierauf wird die Fortsetzung der Beratung auf heute abend 8 Uhr vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abend Sitzung.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 8 1/2 Uhr. Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Kapitel Reichsversicherungsamt fortgesetzt. Abg. Mughan (Frk. Volksp.) bemängelt die lange Dauer der Prozesse. Viele Klagen der Arbeiter könnten durch freie Arztwahl beseitigt werden. Die Abschaffung der kleinen Unfallrenten bis zu 20 Prozent würde inhuman sein. Der Redner spricht sich prinzipiell für eine Herabsetzung der Grenze für die Altersrente auf das 65. Lebensjahr aus.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.) meint, die Kleinrentenkreise seien entschieden gegen eine Beseitigung der kleinen Unfallrenten.

Abg. Wieland (Deutsche Volksp.) verteidigt die Berufsgenossenschaft gegen die Unterstellung eines gesetzwidrigen Verfahrens.

Dann wird die Debatte geschlossen. Die Resolution Fintel wird mit großer Mehrheit angenommen und das Kapitel bewilligt, ebenso das Kapitel „physikalisch-technische Reichsanstalt“ und nach kurzer Debatte auch das Kapitel „Kanalamt“.

Beim Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherte“ weist Abg. Wehl (natl.) darauf hin, daß die Privatversicherungsgesellschaften einen Tarifverband gebildet hätten, welcher bezwecke, die Interessen der Gesellschaften auf Kosten der Versicherten zu fördern. Das Aufsichtsamt für Privatversicherte müsse die Gesellschaften streng überwachen.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso kleinere Positionen. Beim Kapitel „Kosten für die Unfallstatistik“ wünscht Abg. Will-Strahburg (Zentr.) eine besondere Statistik alle fünf Jahre, um eine übersichtliche Klassifizierung der einzelnen Unfälle nach der Dauer ihrer Folgen zu erhalten.

Bei der Forderung: 75 000 M. als letzte Rate für den Ausbau der Hohlkönigsburg begründet Abg. Wöble (Soz.) den ablehnenden Standpunkt seiner Partei.

Abg. Pfeiffer (Zentr.) spricht sein Bedauern aus, daß jetzt doch noch eine weitere Forderung erhoben werde.

Schließlich wurde die Forderung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums bewilligt.

Als Gesamtsumme der Ausgaben für den Grafen Zeppelin und zum Erwerb seiner beiden Luftschiffe sind 2 150 000 M. gefordert.

Abg. v. Schubert (Hosp. d. Natl.) drückt die Anerkennung des deutschen Volkes für den Erfolg des Grafen Zeppelin in warmen Worten unter lebhaftem Beifall des Hauses aus. Es sei Ehrenpflicht des Reichstages, diese Beiträge, auf die die Nation mit Stolz zeige, zu fördern, nachdem sie auf diese Weise einen Vorsprung vor anderen Nationen gewonnen hätte. Die nationale Ehre gebiete, die Forderung zu bewilligen.

Abg. v. Gersdorff (konf.) schließt sich namens seiner Freunde den Worten des Vorredners an. Der Reichstag müsse einstimmig die Forderung bewilligen.

Die Abgg. Spahn (Zentr.) und Singer (Soz.) sprechen sich in demselben Sinne aus. Darauf wird die Forderung einstimmig bewilligt.

Die übrigen einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats werden ohne Debatte genehmigt.

Im außerordentlichen Etat werden 20 Mill. Mark gefordert als zweite Rate für den Ausbau des Kaiser Wilhelm-Kanals.

Abg. Bethmann (Frk. Volksp.) beantragt die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung eines Planes, zwecks einer aus privaten Mitteln zu schaffenden Kanalverbindung der Oderförder Bucht mit dem Kaiser Wilhelm-Kanal.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg kann sich mit diesem Plan nicht einverstanden erklären.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen und die Etatsforderung bewilligt.

Der Etat ist damit erledigt.

Nächste Sitzung morgen vormittag 11 Uhr. Kleinere Etats. Schluß nach 11 1/2 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 14. März.

Der Präsident eröffnet die Sitzung 11 Uhr 20 Minuten. Zunächst wird der Etat des Reichstages erörtert. Hierzu liegt eine Resolution Camp vor, die Geschäftsordnungskommission zu beauftragen, Vorschläge zu machen, wodurch die Mißstände bei der Berichterstattung für die Kommissionsverhandlungen beseitigt werden. Ferner ein Antrag Spahn, den Betrag zur Anschaffung von Büchern auf 38 000 M. zu erhöhen.

Frhr. von Camp (Reichsp.) begründet seine Resolution. Die Ausgabe eines amtlichen Berichtes sei unzulässig, ebenso die stenographische Berichterstattung, die der Budgetkommission eine zu große Last aufbürden würde.

Abg. Dr. Passermann (natl.) meint, eine Vertraulichkeit der Kommissionsberatungen könne nicht eingeführt werden. In einer objektiven Berichterstattung fehle es, weil diese vielfach durch Parteimänner erfolge.

Abg. Singer (Soz.) führt aus, die Resolution Camp müsse außerordentlich vorsichtig behandelt werden. Eine Beschränkung der Freiheit der Abgeordneten in ihren Handlungen wolle seine Partei nicht. Redner tritt dann für eine fortdauernde Lohnzahlung an die Reichstagsbeamten in Krankheitsfällen ein, ferner solle eine Leuzungszulage auch den Hilfsbeamten zu Teil werden.

Abg. Nidthofen-Lambsdorf (Konf.) ist mit den letzten Anregungen Singers einverstanden.

Verichterstatter Dr. Paasche besagt, die Besoldung der Beamten in Krankheitsfällen sei gesetzlich vorgeschrieben. Im neuen Etat seien 14 000 M. für Hilfsbeamte ausgesetzt.

Abg. Spahn (Zentr.) wünscht, daß die Verhandlungen der Kommissionen wie bisher öffentlich bleiben, ebenso der Abg. Müller-Meinungen (fr. Pp.). Redner dankt dem Bureaudirektor für die mehrfachen Verbesserungen im Hause.

Abg. Gröber (Zentr.) empfiehlt die Resolution Spahn. Darauf werden beide Resolutionen angenommen.

Bei den sachlichen Ausgaben macht Abg. Ged (Soz.) zur weiteren Ausschmückung des Hauses den Vorschlag, ein Gemälde anzubringen, in dem der Moment der Abfertigung des Reichstages und die Arbeiterschaft als Prometheus, der das Feuer des Wahlrechts aus dem Reichstag holen wolle, dargestellt wird. (Geisterzeit.)

Abg. Dr. Stengel verlangt Antiquaschrift bei Drucksachen des Reichstages. Er wird vom Präsidenten aufgefordert zur Sache zu sprechen.

Nach weiteren Ausführungen Dr. Baffermanns und nachdem der Präsident zugestimmt hatte, die verschiedenen Anregungen in Erwägung zu ziehen, wird der Etat des Reichstages genehmigt.

Reim Etat der Reichseisenbahnen fragt Abg. Müller-Meinungen (fr. Pp.), wann endlich eine Vorlage komme, durch welche die Fahrkartensteuer beseitigt wird, und wie es mit der Revision des Gepäcktarifs für das Ausland stehe. Die Prezensur auf den Bahnhöfen sei sehr mißlich.

Staatsminister Breitenbach spricht sich für die Bestrebungen zur Beseitigung der Fahrkartensteuer aus. Die Herstellung direkter Auslandsgepäcktarife sei auf Schwierigkeiten gestoßen. Der neue Tarif enthalte von den ausländischen Tarifen abweichende Festsetzungen. Es sind Verhandlungen mit dem Auslande angeknüpft, um die doppelte Berechnung des überhöhten Gewichtes zu beseitigen. Beschwerden über die Prezensur auf den Bahnhöfen seien ihm nicht bekannt geworden.

Abg. Will-Strasbourg (Ztr.) wünscht für die Linie Strasbourg-Basel Entlastung, da ganz Elsaß nur eine Hauptlinie besitzt und der Verkehr im Kriegsfall stoden würde. Das System, mit Rücksicht auf die Rheinbrücken einen Zuschlag zu erheben, sei veraltet. Redner hofft, daß die Elsaß-Verkehrer bei Besetzungen und Beförderungen hinter den übrigen Deutschen nicht zurückgesetzt werden.

Abg. Emmel (Soz.) beklagt, daß der Landesauschuss in die Verwaltung der Bahnen nicht nur nicht hineinzureden hat, sondern daß das Land einen beträchtlichen Zuschuß für neue Linien bezahlen muß. Den Arbeitern und Beamten sei die Betätigung ihrer Ueberzeugung verboten. Voriges Jahr wurde unterlagt, sich Vereinigungen und Verbänden anzuschließen, die gar keine ordnungswidrigen Bestrebungen verfolgen.

#### Rationalbahnen.

\* Berlin, 14. März. Wie bereits gemeldet, hat der Bundesrat gestern die Mittel für 1450 Kilometer Eisenbahnen in den deutschen Schutzgebieten genehmigt. Davon entfallen auf Südwestafrika für eine Zweiglinie der Lüderiksbahn von Seeheim nach Kalkfontaine rund 180 Kilometer, auf Togo für eine Eisenbahnlinie von Lome nach Atakpame gleichfalls rund 180 Kilometer, auf Kamerun für eine Eisenbahn von Duala nach dem schiffbaren Teile des Nkongoflusses bei Widimenge (Südbahn) rund 350 Kilometer und auf Ostafrika für die Verlängerung der Usambarabahn in der Richtung auf den Kilimandscharo bis Tanganika 45 Kilometer, sowie schließlich für die Fortführung der Mrogorobahn bis Tabora rund 700 Kilometer. Der Gesamtbedarf von rund 150 Millionen verteilt sich auf sechs bis sieben Jahre. Die Mittel sollen im Wege der Anleihe aufgebracht werden, und zwar ist die Ausgabe einer besonderen Kolonialanleihe vorgeschlagen. Eine Ausnahme macht nur Südwestafrika, wo es beim bisherigen Verfahren der Gewährung eines Darlehens vom Reich an das Schutzgebiet verbleibt. Für die Verzinsung und Tilgung der Kolonialanleihe sollen die beteiligten Schutzgebiete als Gesamtschuldner unter Uebernahme der Gewähr seitens des Reiches haften. Die Anleihe soll in Teilabschnitten begeben werden. Sämtliche Bahnbauten mit alleiniger Ausnahme der Fortführung der Mrogorobahn sind als Staatsbauten geplant, deren Ausführung, wie bisher, Privatunternehmern übertragen werden soll. Es ist eine teilweise Verstaatlichung der Mrogorobahn in Vorschlag gebracht worden, wobei zum Ankauf der Mehrzahl der Aktien eine Summe von 15 Millionen Mark verwendet werden soll. Die Fortführung der Mrogorobahn soll alsdann namens der Gesellschaft auf Grund eines ihr zu gewährenden Darlehens vorgenommen werden.

### Aus dem französischen Parlament.

#### (Telegramme.)

##### Ein neues Vertrauensvotum.

\* Paris, 13. März. Deputiertenkammer. Raiberti (rep. Rad.) brachte eine Interpellation über die Vernachlässigung der französischen Heeresorganisation ein, durch die die Schwäche Frankreichs Deutschland gegenüber vermehrt werde. Kriegsminister Picquart sagte in seiner Antwort, daß eine unmittelbare Gefahr nicht bestände. Die französischen Bedeckungsstruppen könnten ihrer Aufgabe gerecht werden. Der Minister wies dann auf das Gesetz über den Gesamtbestand der Truppen hin, das sich zurzeit bei der Heereskommission der Kammer befinde, und daß eine Reorganisation beginnen werde, die Stufe für Stufe vor sich gehen müsse. Picquart schloß mit einem Hinweis auf die französischen Wundnisse und Freundschaften und

gab seinem lebhaften Optimismus Ausdruck, der durch die bewundernswerte Führung der französischen Truppen in Marokko unter schwierigen Umständen noch erhöht werde. (Lebhafter Beifall.) Hierauf wurde eine einfache Tagesordnung, mit der Raiberti sich einverstanden erklärte, durch Erheben der Hände angenommen. Vertheuz (soz. Rad.) brachte eine Interpellation ein, den Beschluß der Kammer über die Wiedereinsetzung der Beamten betreffend. Redner will wissen, ob die Regierung vor dem Senat einen Beschluß gefaßt werde, der von der großen Mehrheit der Kammer gefaßt worden ist. Clemenceau erklärt, daß die Regierung die in die Unruhen im Süden verwickelten und solche Beamten, die wegen ihrer politischen Meinung abgesetzt worden seien, begnadigen werde; jedoch keine Antipatrioten. — Der ehemalige Beamte Janbion, der abgesetzt worden ist, unterbrach den Redner von der Journalistentribüne aus und wurde hinausgewiesen. — Vertheuz warf in der Begründung seiner Interpellation der Regierung vor, daß sie am Dienstag nicht die Vertrauensfrage gestellt habe. Barthou führte hierauf aus, die Regierung werde sich bezüglich gewisser Beamten von Wohlwollen leiten lassen. Es gebe aber auch Beamte, die in der ihm unterstellten Verwaltung nur dann wieder aufgenommen werden würden, wenn er seinen Posten verlasse. Wenn die Abstimmung am Dienstag hätte eine endgültige sein sollen, hätte er seine Entlassung genommen. Auf einen Zwischenruf Vertheuz bestätigte der Ministerpräsident Clemenceau, daß die Vertrauensfrage gestellt sei. Die Kammer werde zwischen den entlassenen Beamten und der Regierung zu wählen haben. Das Haus lehnte hierauf mit 311 gegen 161 Stimmen die Priorität für eine von der Regierung beauftragte Tagesordnung Vertheuz ab, in der die Tagesordnung vom letzten Dienstag aufrecht erhalten wird. Sodann wurde mit 352 gegen 130 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, in welcher die Kammer ihr Vertrauen zu den Erklärungen der Regierung auspricht. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

\* Paris, 14. März. Die gesamte Presse bespricht die gestrige Interpellationsbehandlung der Kammer. Mehrere Wäiter meinen, daß die Mehrheit lediglich aus Abneigung gegen Combes, der seit einiger Zeit als fünftiger Ministerpräsident aufträte, für Clemenceau gestimmt habe. Die Kammer, die am Dienstag einen von der Regierung beauftragten Antrag angenommen habe, habe gestern den Antrag abgelehnt, weil sie ein sah, daß sich sonst die Bestrebungen Combes verwirklichen könnten. — Ein Berichterstatter erzählt, Clemenceau habe nach der Kammer Sitzung erklärt: Ich wünsche nur eines, nämlich, daß ich jedesmal, wenn ich auf dem Punkte stehe, zu fallen, von Herrn Vertheuz interpelliert werde.

### Die englische Arbeitslosenbill.

#### (Telegramme.)

\* London, 13. März. Unterhaus. Großes Interesse findet die Erörterung der Arbeitslosenbill, welche von der Arbeiterpartei und einigen extremen Radikalen unterstützt wird. Sie legt der Lokalbehörde die Verpflichtung auf, jedem Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen oder ihn zu erhalten. Der Entwurf sieht auch die Behandlung arbeitsloser Personen vor. Ramsay MacDonald erklärte, daß die Arbeiterpartei den Grundgedanken des Gesetzes auf Arbeit betrete. Schatzkanzler Asquith trat der Bill entgegen, indem er ausführte, daß es sich um einen neuen Grundgesetz handle. Sollte dieser Anerkennung finden, dann würde es zu Klippen führen, die viele Mitglieder des Hauses nicht ahnten, und das Problem der Arbeitslosigkeit noch bedeutend schwieriger gestalten. Die Regierung sei indessen mit dem gegenwärtigen Gesetz über den Gegenstand nicht einverstanden, und wenn er sich auch nicht verpflichten wolle, ein besonderes Gesetz einzubringen, so könne er doch dem Hause die Versicherung geben, daß die Regierung von ihrem ersten und dringenden Wunsch nicht Abstand nehmen werde, irgend eine praktische Maßregel einzuführen, um diesem brennenden, chronischen Uebel entgegenzutreten.

Das Gesetz wurde in zweiter Lesung mit 265 gegen 116 Stimmen abgelehnt und mit 241 gegen 95 Stimmen eine Resolution Maddison (Arbeiterpartei) angenommen, welche besagt, daß das Haus, obgleich es bereit sei, jeden praktischen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, der dem Uebel der Arbeitslosigkeit entgegenstrebe, dennoch keine Maßregel ergreifen könne, die mehr Personen beschäftigungslos machen würde, als unterstützen könnte. Das Haus hoffte aber, daß die Regierung sogleich über die in dem zu erwartenden Bericht der Armeegeheimkommission in Betreff der Arbeitslosigkeit vorgeschlagenen Maßnahmen in Erwägungen treten werde.

### Marokko.

#### (Telegramme.)

\* Paris, 13. März. Entgegen anders lautenden Nachrichten bezeichnet eine Madrider Meldung der Agence Havas es als absolut unrichtig, daß Spanien die militärische Besetzung einiger Punkte in der Umgegend von Ceuta vorbereite. Die Ankunft des Gouverneurs von Ceuta in Madrid wird mit persönlichen Beweggründen motiviert. Die seit langem in Algerien bereit stehenden Truppen seien eine einfache Vorsichtsmaßregel, bedingt durch die Lage in Marokko. Die Besetzung von Marochita und Cabo del Agua sei auf rein lokale Gründe zurückzuführen.

\* Madrid, 14. März. El Morro ist gestern nach Rabat abgereist.

\* Paris, 14. März. General d'Amade telegraphierte am 12. d. M.: Die Truppen bivakieren bei Ned Lamager. Die Verproviantierung geschieht über Ber Reshid. Im Lager fanden sich die Stämme der Mzab und Jamza ein, um ihre Unterwerfung anzudeuten. Die Jamza sprachen den Wunsch aus, Seitwärts wieder zu ziehen. Die Gegend zwischen Settat und Ber Reshid bedroht sich wieder. Die Bevölkerung nimmt die landwirtschaftlichen Arbeiten wieder auf.

\* Paris, 14. März. Zu der aus London verbreiteten Nachricht, daß die Franzosen Azemur besetzt hätten, wurde heute Nacht im Marineministerium erklärt, daß bisher keinerlei amtliche Bestätigung dieser Meldung vorliege.

\* Tanger, 14. März. Der Maghzen charterte einen Dampfer, um zur Wiedereinnahme von Saffi 1500 Mann dorthin zu bringen.

### China und Japan.

#### (Telegramme.)

\* Peking, 13. März. Die „Tatsj Maru“-Angelegenheit ist immer noch nicht beigelegt. China hat sich noch nicht entschuldigt. Es zieht gegenwärtig die japanischen Bedingungen in Erwägung, die im Hinblick auf den schwierigen Fall geändert worden sind.

\* Peking, 14. März. Die Vorschläge, die der japanische Gesandte der chinesischen Regierung in der „Tatsj Maru“-Angelegenheit unterbreitete sind folgende: Freilassung des Tatsj Maru und Salutieren der japanischen Flagge in Gegenwart des japanischen Konsuls. Werden diese Forderungen erfüllt, so verzichtet Japan auf seine Forderung, daß die Waffen bezahlt werden. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, so hat China den Kaufpreis der Waffen zu bezahlen.

### Großherzogtum Baden.

#### \* Karlsruhe, 14. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog wohnte heute vormittag einer Besichtigung der Offizier-Reitschule des 1. Badischen Leibdragoon-Regiments Nr. 20 bei. Danach meldeten sich die Leutnants Bachelin und Gosebruch vom 5. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 113.

Im Laufe des Nachmittags und Abends nahm Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Legationsrats Dr. Seyb, des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und des Geheimrats Dr. Nicolai entgegen.

\*\* In der wechselnden Ausstellung des Groß. General-Landesarchivs (Nöbl. Sidapromenade 2) werden vom 16. d. M. ab ausgewählte Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des 30jährigen Krieges aus der schwedischen Periode (1630 ff.), aufzulegen. Die ständige Ausstellung bleibt unverändert geöffnet Montag und Donnerstag von 11—12 Uhr, Dienstag und Freitag von 4—5 Uhr.

Z. (Großherzogliches Hoftheater.) Die im Vorjahre neu ins Repertoire aufgenommenen, dreitägige Oper „Lafmé“ von Leo Delibes hinterließ gestern Abend bei sehr guter Besetzung der Hauptrollen starken Eindruck. Die Titelpartie, von deren mehr oder minder guten Vertretung der Erfolg wesentlich abhängt, war wiederum Frau Linkenbach-Mannheim übertragen, die bei dieser Erscheinung, Stimme und Darstellung in seltener Weise zu einem wirkungsvollen, ergreifenden Gesamtbilde bereinigte. In ihrer Auffassung finden die verschiedensten Gefühle, hingebende Zärtlichkeit, Liebe, Angst und Schmerz rührendsten Ausdruck, und der Klang des süßen, silberhellen und warmen Organs, die leichte Tongebung und treffliche Koloratur nimmt das Ohr so gefangen, daß die hin und wieder etwas getrübe Intonation — die wohl auf die ungewohnten räumlichen Verhältnisse sich zurückführen läßt — kaum ins Gewicht fällt. Für die ebenso dankbare als schwierige Partie des Gerad ist Herr Klawitzer der denkbar beste Vertreter. Sein wunderbar klingender und nach Seite der Stimmgattung, Atemführung usw. vollendet behandelte Tenor erregte bei warmblütigstem, hellenweise leidenschaftlichem Vortrag das Publikum, welches den Künstler, der auch darstellerisch ganz in die Rolle hineingewachsen ist, mit seiner Partitur stürmisch vor den Vorhang rief. Von der übrigen Besetzung erwähnen wir das gelungene Trio der Damen Friedlein (Wiß Ventson), Meher (Rosa) und Tercs, welche letztere die ergreifende Gesangspartie der Ellen schönstimmig, ausgiebig und sicher sang. Herrn Büttner's feriofer Bariton fand für den wirksam aufgeführten Nilantasia treffenden Ton und Ausdruck, und Herr van Gorkom betätigte sich als schmaler Offizier sowohl solistisch wie im Ensemble durch Klang und geschmackvollen Gesang. Die beiden Vertrauten Lafmé's waren durch Fräulein Etlofer und Herrn Erli gut vertreten. Herr Lorenz leitete die Oper in seiner anfeuernden, zuverlässigen Weise, welche die pitante Rhythmiel und das reizvolle Klangolorit der geistvollen Musik sehr wirksam erscheinen ließ, sich den Singstimmen gegenüber stets im richtigen Verhältnis hielt und unter tatkraftiger, verlässlicher Mitwirkung des Chors und Ballets die Aufführung zu einer wohlhabenden und beifällig aufgenommenen machte.

Die Uraufführung des Schauspiel „Neue Wege“ von Felix Baumbach findet nunmehr definitiv am Freitag den 20. März statt. Im Uebrigem bringt das Schauspiel Wiederholungen von Hauptmanns „Eiga“ (17. März), „Michael Angelo“ und „Hochzeit der Sobide“ (24. März), sowie von Hauptmanns „Biberpelz“ (26. März). Unmittelbar nach der Premiere des Baumbach'schen Dramas beginnen die Vorbereitungen zur Neueinstudierung des „Samlet“. In der Oper wird Frau Linkenbach am Sonntag, den 22. März, nochmals als Lafmé gastieren. Am darauffolgenden Tage (23. März) wird eine Vorstellung des „Tannhäuser“ außer Abonnement zum Vorteil der Hoftheaterpensionsanstalt stattfinden.

Das Schauspiel „Neue Wege“ von Felix Baumbach ist soeben bei Fr. Gutsch hier im Druck erschienen.

\* (Mitteilungen aus der Stadtrats-Sitzung vom 12. März.) Das Großherzogliche Bezirksamt hat vor einiger Zeit dem Stadtrat einen Abdruck des vom Reichsamt des Innern aufgestellten Entwurfs zur Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe im Sinne einer weiteren erheblichen Beschränkung dieser Arbeit zur Aenderung mitgeteilt. Nach Anhörung der beteiligten Interessenten bezieht der Stadtrat, der Großherzoglichen Regierung die Ablehnung des Entwurfs in seiner jetzigen Fassung zu empfehlen. — Durch Bezirksratsbeschuß vom 28. Januar d. J. ist die von der Stadt projektierte Herstellung von Eisweihern zu Eisgewinnungs- und Sportzwecken auf den städtischen Gärten- und Längensbrudwiesen (südlich des Rangierbahnhofes) amtlich genehmigt worden. Nach Mitteilung der Generalintendanz der Großherzoglichen Zivilliste hat Seine Königliche Hoheit der Großherzog auf die Bitte des Stadtrats gnädigst genehmigt, daß für die an Ostern d. J. zur Entlassung kommenden Schüler und Schülerinnen der hiesigen Volksschulen im Großherzoglichen Hoftheater eine Aufführung von Schillers „Tell“ am 18. März d. J. veranstaltet und daß der Eintrittspreis auf 50 Pfg. für die Person ermäßigt werde. Der Stadtrat bittet die Großherzogliche Generalintendanz, Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog für die huldvolle Genehmigung der Aufführung den ehrerbietigsten Dank übermitteln zu wollen. Die Eintrittsgelder im Gesamtbetrage von zusammen 762 M. werden aus dem aus den Erträgen der im Jahre 1905 veranfaßten Schillerfeier gebildeten Fonds bestritten. — Unterlehrer Karl Beck an der hiesigen Volksschule wird mit Wirkung vom 16. März d. J. zum Hauptlehrer ernannt. — Nach einer vom hiesigen Amt gefertigten Uebersicht über die Urausbewilligungen nach § 89 des Arbeiterstatuts wurden im Jahre 1907 861 städtischen Arbeitern und im Arbeiterverhältnis stehenden Bediensteten in 1508 Fällen 3460 Tage Urlaub bewilligt. Der Lohn für die Urlaubstage beläuft sich auf 12 141 M. 75 Pf. — Aus dem Financeträger der Pauline Bierordl-Sitzung für 1908 werden Stipendien im Gesamtbetrage von 218 M. an zwei Schüler-



Unser Bureau befindet sich vom 17. d. Mts. ab

# Friedrichsplatz Nr. 1

II. Obergeschoss  
Fernruf Nr. 20 und 715

## Dyckerhoff & Widmann

Aktien-Gesellschaft

für Hoch- u. Tiefbauten in Beton- u. Eisenbeton  
Fabriken für Zementwaren.

# 110,700 Deutsche sind einig

als Abonnenten in ihrem Urteil über die besonderen Vorzüge der

## Berliner Morgen-Zeitung

Jeder Abonnent erhält:

Täglich: eine große Berliner Tageszeitung.  
— Täglich: ein interessantes Familienblatt.  
— Wöchentlich: ein reich illustriertes Sonntagsblatt und zahlt dafür nur

### 45 Pfg. monatlich.

Alle Urteile lauten:

**Gediegen! Reichhaltig! Billig!**

Abonnements bei allen Briefträgern und Postanstalten Deutschlands. Probenummern gratis von der Expedition Berlin SW. 19.

Wohnmöbelfabrik

## J. L. Distelhorst

Waldstrasse 32 Karlsruhe i. B. Telefon 1720  
Nachf.: Wilh. Distelhorst u. Robert Krieg

Vollständige

### Wohnungs-Einrichtungen

(Möbel, Teppiche, Gardinen etc.)

In einfacher, mittlerer und feinsten Ausführung zu billigsten Preisen

Gewissenhafte Beratung und Bedienung

Besichtigung des überaus reichhaltigen Lagers jederzeit ohne Kaufzwang gerne gestattet ::

Kostenlose Ausarbeitung von Vorschlägen

Beste Bezugsquelle für Beamte

la Anerkennungen



### Konzert und Theater im Saal

die vollkommenste Sprechmaschine:

## Mill-Opera

Interessanter Katalog gratis  
Von Jacob sen. Berlin, im Friedenstr. 9

### Bequemste Monatsraten

### Otto Fischer

Großh. Hoflieferant  
(vorm. J. Eißler), Karlsruhe, Kaiserstr. 120, Telefon 370, empfiehlt: Vollständige Betten jeder Art und Preislage, ganze Wäsche-Anstreichern in vorzüglicher Ausführung.

**Bayern Patent** Anmeldung Verwertung  
Ecke Hübschler  
Büros  
Karlsruhe Telefon Nr. 244 D.

Hotel und Restaurant

## Friedrichshof

(Direktion G. Münzer)

Erstes und größtes Restaurant der Residenz mit eleganter Weinstube

Weine nur direkt vom Produzenten u. ersten Firmen

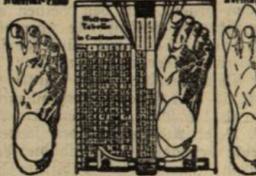
Vorzügliche Biere der Brauerei Sinner, Grünwinkel

Münchener Kochebräu  
• Bestgepflegte Küche •  
Reichhaltige Speisekarte

Jeden Abend Künstler-Konzert der Magnaten-Kapelle Kapszándi Jóska bei freiem Eintritt

### Chasalla-Normalstiefel

für Kinder und Erwachsene



Im „Chasalla“ Normalstiefel ist ein fertiger Stiefel nach Maß und bewahrt die natürliche Fußform.

Alleinverkauft zu Fabrikpreisen bei

**H. Freyheit,** Kaiserstrasse 117, Telefon 1271

### Gebr. Ettliger

Hoflieferanten  
Kaiserstr. 199 Gegründet 1851 Telefon 528

### Spezialhaus f. Besatzartikel u. Spitzen

Grösste Auswahl. Besätze, Slickereien, Spitzen, Garnituren, Knöpfen, Bändern

Neue Abteilungen für  
Blusen, fussfreie Röcke, Unterröcke  
: Handschuhe, Strümpfe, Schleier :

### Wohnungen, Villen, Läden u.

hat zu vermieten (gebührenfrei f. Mieter). Das Vermiet- u. Verpachtbureau **K. Kornsand**, Kaiserstr. 56, Telefon 569. Sprechst. v. 8-9, 11-1 u. 5-7 Uhr.

Eine angesehenere liberale Zeitung in einer süddeutschen Großstadt sucht einen

### jüngeren Redakteur.

Bevorzugt wird: mindestens Gymnasialabsolutorium, politische und literarische Bildung, Befähigung zur Schauspielerberichterstattung, praktische Kenntnis der Stenographie und guter Wille, in allen Sparten des Redaktionsbetriebes mitzuarbeiten.

Eintritt möglichst bald. Anerbieten mit Zeugnissen und Angabe der Gehaltsansprüche unter **№. 989** an die Expedition d. Bl.

### Stud. math.

Abiturient der Oberrealschule, erteilt Nachhilfsstunden, besonders in Mathematik. Offerten unter **№. 15** an die Expedition d. Bl. erbeten.

### Aufgebot.

№. 1000.21 Nr. 2872. Ueberlingen. Gottlieb Sturzenegger in Unteruhldingen hat als Eigentümer des mit einer Sicherungshypothek in Höhe von 625 M. belasteten Grundstückes Lgh. Nr. 60 der Gemarkung Unteruhldingen das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des Hypothekengläubigers beantragt.

Der Hypothekengläubiger wird aufgefordert, seine Rechte spätestens in dem auf:

Mittwoch, den 1. Juli 1908, vormittags 10 Uhr, vor das diesseitige Gericht bestimmten Aufgebotstermin anzumelden, widrigenfalls er mit seinem Rechte ausgeschlossen wird.

Ueberlingen, den 11. März 1908.  
Großh. Amtsgericht.  
gez. Rade.

Dies veröff. ntlch:  
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts  
C. B. d.

### Knittlingen.

Oberamt Maulbronn.

Nächsten Dienstag, den 17. März 1908, vormittags 11 Uhr, wird beim hiesigen Farrenstall ein zum Schlachten tauglicher schwerer Gemeindefarren im öffentlichen Aufstreich verkauft. **№. 990**

Interessenten sind eingeladen.

Knittlingen, den 13. März 1908.  
Stadtschultheißenamt:  
R u f.

Öffentliche Verdingung von Arbeiten und Lieferungen für den Neubau einer Fußartillerie-Kaserne in Mühlheim in Baden wird hiermit für folgende Lose ausgeschrieben:

Los I Erd-, Mauer-, Asphalt- und Steinbauarbeiten — einschl. Materiallieferung — jedoch unter Anschluß der massiven Decken und der Zementarbeiten.

Los II Zimmer- und Stalarbeiten.

Los III Holz- und Gußeisenlieferung.

Los IV Kleinfertigung aus Schmiedeeisen (Anker, Bolzen, Schrauben etc.).

Bedingungen und Zeichnungen liegen im Neubaubureau in Mühlheim i. B. Friedrichstr. 131 während der Dienststunden zur Einsicht aus; ebenda können auch Verdingungsunterlagen zum Selbstkostenpreise bezogen werden und zwar:

Für Los I = 7,50 M. Los II = 3,00 M. Los III = 2,00 M. Los IV = 1,00 M.

Die Angebote sind mit vorgeschriebener Aufschrift versehen, bis zu dem am 7. April 1908, vormittags 10 Uhr, stattfindenden Verdingungstermin verschlossen und postret an das Neubaubureau in Mühlheim einzureichen, wofür auch die Eröffnung der eingegangenen Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter statifunden wird.

Freiburg i. B., den 12. März 1908.  
Militär-Bauamt.

### Nadel-Auholz- u. Stangen-Versteigerung.

Großh. Bad. Forstamt Billingen (Station d. Schwarzwaldbahn und Endstation d. Württemb. Bahn von Rottweil) versteigert

**Dienstag, den 24. März, vormittags 9 Uhr** beginnend, im alten Rathaussaale in Billingen mit Vorfrist bis 1. Dezember und Abfahrtermin bis 1. Oktober d. J. den Anfall an Auholz und Stangen aus kämlichen Domänenwaldstücken und 2630 fm. Stämme und Abschnitte sämtl. Klassen in etwa 54 Losen, 2130 Stück Bauhölzer I. und II., 1635 Dopfenstangen I.-IV. Kl. und 410 Reststücken I. Kl. in etwa 17 Losen. Vorzerkäufnisse wollen vom Forstamt bezogen werden. **№. 992**

### Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Nachbenannte Bauarbeiten zur Herstellung des Planums für den Bau des II. Gleises der Redartalbahn auf der Strecke zwischen Zwingenberg und Redargerach — km 31 + 500 — 33 + 163 — sollen im Wege des öffentlichen Angebots nach Maßgabe der Verordnungen des Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 vergeben werden:

- I. Erdarbeiten
1. Herstellen von Böschungsräcken: 5860 qm,
2. Massenbewegung und Fundamentausbau: 6900 cbm,
- II. Mauerarbeiten
- 1a. unter bahnhöflicher Lieferung der Steine: 770 cbm.
- b. Lieferung der Steine durch den Unternehmer 1860 cbm
2. Sichtflächen 1830 qm.

Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Mit der Ausführung ist alsbald nach erfolgtem Zuschlag zu beginnen. Pläne und Bedingungen liegen zu den üblichen Dienststunden an Werktagen bei der unterzeichneten Dienststelle aus, wofür auch die Angebotsformulare von persönlich erscheinenden Bewerbern in Empfang genommen werden können.

Die Angebote sind spätestens bis **Dienstag den 31. März d. J., vormittags 9 1/2 Uhr**, verschlossen und mit der Aufschrift: „Bauarbeiten Zwingenberg-Redargerach“ versehen, abzugeben.

Eberbach, den 10. März 1908.  
Großh. Bauinspektion.

### Westdeutscher Güterverkehr.

Mit sofortiger Wirkung wird die Station Bambrup samt allen Angaben in den Tarifbesten gestrichen. Die Abfertigung nach und von dieser Station der Deutschen Staatsbahnen erfolgt ausschließlich innerhalb des Deutschen Reichs Eisenbahnverbandes.

Karlsruhe, den 13. März 1908.  
Großh. Generaldirektion der badischen Staatsbahnen.